

Wir sehen und hören sie täglich, die Nachrichten von Krieg und Gewalt, von Flüchtlingen die an unseren EU- Außengrenzen stehen, die in klapprigen Booten das Mittelmeer überqueren und beim Versuch nach Europa zu gelangen sterben. Wochenlang wird den Flüchtlingen bei der Ankunft zugejubelt, und dann werden plötzlich die Grenzen geschlossen. Wir lesen unterschiedliche Argumentationen von Politikern, hören besorgte oder auch böse Kommentare von Mitbürgern, wissen aber auch von vielen Menschen, die helfen und ihre Solidarität mit den Flüchtlingen bekunden.

Dabei bekommen die, die sich engagieren, nicht selten Kritik zu spüren oder sind rassistischen Bemerkungen und Pauschalurteilen ausgesetzt.

Viele Bürger haben Angst davor, dass sich unsere Gesellschaft grundlegend verändert, wenn wir noch mehr Flüchtlinge aufnehmen. Sie denken, dass unsere Kultur sich vor Andersdenkenden schützen muss.

Um ihnen zu helfen, Vorurteile zu entkräften, haben wir die häufigsten falschen Behauptungen und ihre Gegenargumente zusammengestellt.



Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet.

Éditeur responsable :
D. Sondag-Thull, rue de Stalle 96, B-1180 Bruxelles

mit freundlicher Unterstützung der



www.studiozeilen.be

MIGRANTEN HABEN RECHTE:

Migranten haben Grundrechte, Recht auf Schutz und auf medizinische Hilfe – so wie alle Menschen auf der Welt. Denn: Jedes Leben ist gleichwertig. Um der aktuellen humanitären Krise entgegenzuwirken fordert das Rote Kreuz:

- Die Ausweitung der legalen Zugangsmöglichkeiten für Migranten nach Europa. Dadurch werden die Risiken der Illegalen Einwanderung über das Mittelmeer oder durch Kriegsgebiete verringert.
- Die Aufstockung der Mittel, die derzeit zur Linderung der humanitären Krise eingesetzt werden. Die bisherigen weltweiten Anstrengungen sind unzureichend.
- Allen Migranten eine humanitäre Mindestversorgung zukommen zu lassen. Zuflucht und Schutz zu gewähren ist ein Grundrecht jedes Menschen, der vor Unsicherheit und Verfolgung auf der Flucht ist.
- Eine globale Antwort auf eine weltweite Krise. Das Rote Kreuz ermahnt alle Länder Europas, gemeinsam die Last der Hilfeleistung und des Schutzes der Migranten zu tragen.
- Eine ganzheitliche Antwort in Absprache mit den verschiedenen Partnern: Regierung, humanitäre Organisationen und das nationale Rote Kreuz sollten dabei eng zusammenarbeiten.
- Eine humanitäre Vorgehensweise. Sie sollte zum Ziel haben, die Verletzbarkeit der Migranten zu vermindern und ihre Eigenständigkeit zu stärken.

STICHWORT INTEGRATION

Die Menschen, die jetzt hier in Auffangzentren untergebracht werden, müssen diese verlassen, sobald sie eine Antwort auf ihren Asylantrag bekommen haben. Viele werden wegziehen – dorthin, wo ihre Familienmitglieder wohnen und wo sich ihnen Arbeitsperspektiven bieten. Einige werden sich aber auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ansiedeln und sich hier ein neues Zuhause aufbauen. Darauf müssen wir als Gesellschaft uns einstellen und vorbereiten.

Nicht nur Immigration, sondern auch der demographische Wandel und nicht zuletzt die Globalisierung führen dazu, dass Gesellschaften und Kulturen sich kontinuierlich verändern. Sie werden heterogener und vielfältiger. Diese Vielfältigkeit gilt es bewusst wahrzunehmen, und in einem ständigen Prozess der Annäherung an einem Miteinander der unterschiedlichen Lebensweisen und Kulturen zu arbeiten.

Es ist wichtig, frühzeitig darüber nachzudenken, wie Menschen aus anderen Kulturkreisen langfristig aufgenommen werden können und welche Möglichkeiten der Integration es zu schaffen gilt. Integration fordert somit nicht nur die Flüchtlinge, sondern auch die aufnehmende Gesellschaft heraus: Respekt, Sensibilität, Offenheit, Bereitschaft zur Begegnung, Partizipation und die Bereitschaft, Gemeinsamkeiten zu entdecken, sind Voraussetzungen für eine Annäherung von beiden Seiten.

Dazu gehören Information und Kommunikation, aber auch Transparenz und die Einhaltung von Gesetzen und Spielregeln.

Vielfalt bedeutet nicht, auf Regeln und Wertevorstellungen zu verzichten. Selbstreflexion, Perspektivwechsel, die Bereitschaft voneinander zu lernen und die Bereitschaft, Angst in Neugier zu verwandeln sind für das Gelingen eines Integrationsprozesses wichtig. Dieser Prozess wird auch von Spannungen und Konflikte begleitet sein, die es gilt wahr- und ernst zu nehmen. Gemeinsam kann dann an konstruktiven Lösungen gearbeitet werden.

Mehr zum Thema Migration und Integration in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Vorschlag für ein Konzept unter www.resi.be

EINIGE DEFINITIONEN

Flüchtling: Artikel 1 der Genfer Flüchtlingskonvention definiert einen Flüchtling als Person, die sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt oder in dem sie ihren ständigen Wohnsitz hat, und die wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung eine wohlbegründete Furcht vor Verfolgung hat und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Furcht vor Verfolgung nicht dorthin zurückkehren kann.

Asylbewerber: eine Person, die in einem Land, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzt, Asyl, das bedeutet Aufnahme und Schutz vor politischer, religiöser oder sonstiger Verfolgung sucht. Der Begriff Asylant wird als abwertend empfunden und von Behörden nicht verwendet.

Migrant: ein Mensch, der von einem Wohnsitz/Land zu einem anderen Wohnsitz/Land wandert beziehungsweise durchzieht. Er gibt seinen bisherigen Wohnsitz auf, um an einen anderen Wohnsitz zu ziehen. Aus Sicht seines Herkunftslandes ist der Migrant ein Auswanderer (Emigrant), aus Sicht des Aufnahmelandes ein Einwanderer (Immigrant).

Die Umschreibung „Menschen mit Migrationshintergrund“ fasst Migranten und ihre Nachkommen unabhängig von der tatsächlichen Staatsangehörigkeit zusammen.

Schutzstatut: bedeutet, dass ein Asylbewerber entweder als Flüchtling anerkannt oder ihm ein subsidiärer Schutz gewährt wurde.

Anerkannter Flüchtling: Wenn ein Asylsuchender glaubhaft darlegen kann, dass er der Definition des Flüchtlings laut Genfer Konvention entspricht (siehe oben), wird er als Flüchtling anerkannt. Er erhält das Flüchtlingsstatut und damit ein Aufenthaltsrecht in Belgien. Dieses ist dann von unbefristeter Dauer.

Subsidiärer Schutz: Wenn der Asylantrag nicht den Bedingungen der Genfer Konvention entspricht, wird während desselben Verfahrens geprüft, ob für den Asylbewerber ein reelles Risiko auf ernststen Schaden bei der Rückkehr in sein Herkunftsland besteht, oder im Falle eines Staatenlosen, bei der Rückkehr in das Land, in dem er sich gewöhnlich aufhält und dieses Land ihn nicht schützen kann oder er den Schutz nicht in Anspruch nehmen kann. Ebenfalls darf die Person nicht durch die Ausschließungsklauseln (siehe Bedingungen Asyl) ausgeschlossen sein.

Papierlose: Personen, die kein legales Aufenthaltsrecht in dem Land haben, in dem sie sich niedergelassen haben. Papierlose sind nicht offiziell registriert, haben kein Recht zu arbeiten und kein Anrecht auf finanzielle Unterstützung. Sie bekommen nur dringende medizinische Hilfe gewährt.

VORURTEILE

gegenüber

FLÜCHTLINGEN

und ihre
Gegenargumente



BERATUNGSSTELLE FÜR MIGRATION UND INTEGRATION

1 „Wir können doch nicht die ganze Welt aufnehmen“

Davon sind wir weit entfernt. Zurzeit sind weltweit ungefähr 60 Millionen Menschen auf der Flucht, 19,5 Millionen außerhalb ihres Landes. 86 % der Flüchtlinge leben in Entwicklungsländern, also außerhalb Europas. Nur 5 % der Flüchtlinge, die im Jahr 2014 ihr Land verlassen haben, sind nach Europa gekommen. Die meisten Menschen flüchten in Nachbarländer (Quelle: UNHCR). Nach ganz Europa sind im Jahr 2014 nur 714 000 Menschen gekommen, bis Ende 2015 rechnet man mit 1 Million. In der EU wohnen 500 Millionen Menschen.

Die meisten Flüchtlinge werden derzeit von der Türkei (1,6 Mio), Pakistan (1,5 Mio), Libanon (1,1 Mio), Iran (mehr als 900 000) und Äthiopien (mehr als 600 000) aufgenommen (Quelle: UNHCR, Zahlen von 2014).

2 „Die vielen Flüchtlinge sind ein großes Problem für Belgien“

Ein Problem haben vor allem die Flüchtlinge und die direkten Nachbarstaaten der Krisengebiete. 2014 sind in Belgien 17 216 Asylanträge eingereicht worden.

Bis August 2015 sind 16 754 Anträge gestellt worden (Quelle: Generalkommissariat für Flüchtlinge und Staatenlose). Bei der aktuellen Entwicklung können es bis Ende des Jahres bis zu 30 000 werden.

Wir sind somit in Belgien noch nicht bei der Zahl von über 40 000 Asylanträgen, die im Jahr 2000 in unserem Land gestellt wurden und die problemlos aufgenommen wurden. Die Föderale Agentur für Flüchtlinge (FEDASIL), die sich um die Unterbringung der Flüchtlinge kümmert, hatte 2014 eine Dotation von 303 Millionen Euro. Belgien gab somit im Jahr 2014 0,15% der Staatsausgaben für die Unterbringung von Flüchtlingen aus – Personalkosten einberechnet. (Quelle: FEDASIL)

3 „Die meisten sind nur Wirtschaftsflüchtlinge“

In den letzten Jahren haben ungefähr 65% der Asylsuchenden einen Schutzstatus erhalten, werden also entweder als Flüchtlinge anerkannt oder erhalten den so genannten subsidiären Schutzstatus.

Dabei erkennt das Asylgesetz in Belgien nur denjenigen Schutz zu, deren Leben tatsächlich in Gefahr ist oder denen in ihrem Herkunftsland Verfolgung droht und die beweisen können, dass dem so ist. Das Gesetz basiert auf der Genfer Konvention, die Belgien - wie 143 andere Staaten der Welt auch - unterzeichnet hat. Die Genfer Konvention definiert, wer als Flüchtling gilt und welches Recht auf Schutz ihm gewährt werden muss.

Wer Asyl sucht, kämpft oft ums Überleben. Im Herkunftsland herrscht Krieg, droht Verfolgung, ist Diskriminierung an der Tagesordnung oder die eigene Existenz ist permanent in Gefahr. Niemand setzt sich leichtfertig nachts in ein marodes Boot, wissend, dass der Tod droht. Niemand setzt alles aufs Spiel, lässt alles zurück – Heimat, Besitz, Familienangehörige, vielleicht sogar Kinder – nur in der Hoffnung auf den Bezug von Sozialleistungen.

4 „Die Ausländer nehmen uns die Renten“

Ohne Einwanderung wären unsere Renten unsicherer. Einwanderer bringen mehr Geld ein als sie kosten. Laut einer Studie der OSZE bringt jeder Ausländer mit einem Aufenthaltstitel der belgischen Staatskasse pro Jahr durchschnittlich 3 500€ mehr ein als er an staatlichen Leistungen erhält.

Eine aktuelle Studie der Universität Löwen beziffert die finanzielle Auswirkung der Immigration auf 0,5% des BIP, also 2 Milliarden Euro auf das aktuelle BIP.

Und gerade was die Renten anbelangt: Ohne Einwanderung wäre es für Belgien noch schwieriger, die Renten abzusichern, da die belgische Bevölkerung einerseits immer älter wird und andererseits die Geburtenraten sinken. Ohne Einwanderung würde es also immer weniger „junge“ Menschen geben, die für die „älteren“ arbeiten.

Vizekanzler Siegmund Gabriel sagte im September, dass für die Bundesrepublik Deutschland eine jährliche Aufnahme von 500 000 Flüchtlingen für einige Jahre verkraftbar sei. (Quelle: ZDF 08.09.2015).

5 „Die Flüchtlinge nehmen uns die Arbeit weg und profitieren von unserem Sozialsystem!“

Nur knapp 4% der Bevölkerung in der DG sind Nicht-EU Bürger. Es gibt keine finanzielle Hilfe, die speziell nur Ausländern zusteht. Nur ein Schutzstatus (Anerkennung als Flüchtling oder subsidiärer Schutz) öffnet den Weg zum legalen Arbeitsmarkt oder gibt Anrecht auf Eingliederungsbeihilfe. Die Menschen ohne legalen Aufenthalt (auch „Papierlose“ genannt) haben kein Anrecht auf finanzielle Unterstützung und bekommen nur dringende medizinische Hilfe.

Tatsache ist auch, dass Flüchtlinge auf dem legalen Arbeitsmarkt oft benachteiligt sind, weil sie Diskriminierungen ausgesetzt sind, weil ihre Diplome nicht oder erst nach langer Zeit anerkannt werden, oder weil ihre Sprachkenntnisse in Deutsch und/oder Französisch nicht ausreichend sind. Es gibt immer noch kein ausreichendes und flächendeckendes Sprachkursangebot in der DG.

Viele Menschen ohne Papiere werden aufgrund ihrer schwierigen Situation von skrupellosen Arbeitgebern ausgenutzt. Diese bieten ihnen Arbeit zu niedrigen Löhnen und unter schwierigen oder gefährlichen Bedingungen an. Migranten, die ihr eigenes Unternehmen gründen, bezahlen Steuern wie Belgier und füllen somit die Staatskassen.

6 „Die Flüchtlinge erhalten Handys und 500 Euro pro Tag“

Asylbewerber haben Recht auf materielle Hilfe, d.h. auf eine Unterbringung in einem Asylbewerberzentrum. Dort erhalten sie Essen, eine soziale, medizinische und psychologische Betreuung und ein Taschengeld von ca. 7,40 € pro Woche pro Erwachsener bzw. 4,20 € pro Woche pro Kind.

Menschen, denen eine internationale Schutzform zuerkannt wurde, müssen das Asylbewerberzentrum innerhalb von 2 Monaten nach Anerkennung verlassen. Sie haben dann Recht auf finanzielle Sozialhilfe, wenn sie bedürftig sind, so wie jeder Belgier. Das sind ca. 830 € für eine allein stehende Person und 1 111,62 € für Haushalte (Eltern mit minderjährigen Kindern). Weder Belgier noch Ausländer erhalten ein Handy vom Sozialamt.

Es stimmt, dass es in den Jahren 2010 und 2011 im Zuge der Auffangkrise mehrere Gerichtsurteile gegen den belgischen Staat gegeben hat. Asylbewerbern, denen man aus Platzmangel kein Asylbewerberzentrum zuweisen konnte und die auf der Straße leben mussten, muss der Staat bis zu 500€ am Tag zahlen – und zwar ab dem 5. Tag nach dem Gerichtsurteil.

Diese Gerichtsurteile betrafen nicht alle Asylbewerber, sondern diejenigen, die auf der Straße lebten und die den Mut hatten, vor Gericht zu ziehen und ihr Recht auf eine menschenwürdige Unterbringung einzufordern.

7 „Es ist ein Verbrechen illegal einzuwandern“

Menschen, die vor Verfolgung und Krieg fliehen, bleibt meist keine andere Wahl als illegal einzureisen. Um als Nicht-EU-Bürger legal nach Belgien einzureisen, braucht man ein Visum. Es gibt aber kein Flüchtlingsvisum. Das heißt, eine Anerkennung als Flüchtling kann man erst erhalten, wenn man bereits in dem Land ist, in dem man Schutz sucht.

8

„Mit den Flüchtlingen kommen auch immer mehr Terroristen und Verbrecher zu uns“

Die Genfer Konvention sieht in ihrem Abkommen für die Rechtsstellung von Flüchtlingen eine Ausschlussklausel vor. Sie gilt für Personen, bei denen aus schwerwiegenden Gründen die Annahme besteht, dass sie ein Verbrechen gegen den Frieden, ein Kriegsverbrechen oder ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit (im Sinne der internationalen Vertragswerke) begangen haben (Quelle: UNHCR). Die Staatssicherheit prüft jeden Neankömmling, und bisher ist dabei kein solcher Fall registriert worden.

Terroristen hingegen reisen meist ganz normal ein, vor allem per Flug und wenn nötig mit gefälschten Papieren. Viele Terroristen werden jetzt schon in Europa selbst rekrutiert.

9

„Diese Leute haben nicht unsere Kultur und wollen sich nicht integrieren.“

Integration ist ein aktiver Prozess, der sowohl von den Migranten als auch von der aufnehmenden Gesellschaft gestaltet werden muss. Einerseits sind die Zugezogenen aufgefordert, sich in die Gesellschaft aktiv einzubringen. Gleichzeitig muss die Gesellschaft eine kulturelle Öffnung zulassen und den Migranten Möglichkeiten bieten, sich zu integrieren (angepasste Sprachkurse, Arbeitsperspektiven usw.).

Wichtig ist es, dass beide Seiten sich nicht abschotten, sondern anderen Kulturen und Religionen gegenüber offen sind; dass sie den Dialog suchen, voneinander lernen wollen und gemeinsam das Zusammenleben gestalten. Wenn jede Gemeinschaft für sich bleibt, entstehen Parallelgesellschaften.

10

„Die Rettungsaktionen im Mittelmeer werden nur noch mehr Leute dazu bringen zu flüchten!“

Es gibt keine Statistik, die diese These untermauert. Die Zahl der Flüchtlinge, die über das Mittelmeer nach Europa flüchten, hat zugenommen, seitdem Italien die Operation Mare Nostum im Oktober 2014 eingestellt hat.

Zwischen Januar und Juni 2015 sind bereits 137 000 Menschen über das Mittelmeer gekommen (Quelle: UN-Flüchtlingshilfswerk). Die Menschen sind bereit, mit allen Mitteln einer extrem schwierigen Lage zu entfliehen. Sie tun dies selbst auf die Gefahr hin, dabei ihr Leben zu verlieren. Viele haben keine andere Wahl, als den Weg über das Mittelmeer zu wählen.

11

„Europa muss seine Grenzen verstärken, um die Immigration und das Sterben der Flüchtlinge zu stoppen.“

Das Errichten von Mauern und Zäunen wird die Flüchtlinge nicht aufhalten, wohl aber die Zahl der Todesfälle erhöhen. Die Verstärkung solcher Barrieren verursacht viel Leid und den Verlust von Menschenleben.

Die europäische Agentur FRONTEX, die die europäischen Außengrenzen sichern soll, kostet jährlich Millionen (118 Millionen Euro in 2011). Ein zusätzliches Überwachungssystem (EUROSUR), bei dem Drohnen, Aufklärungsgeräte und Satellitensuchsysteme eingesetzt werden, um illegale Einwanderung in die EU-Mitgliedsstaaten zu überwachen, wurde seit 2013 gestartet. Es kostet die EU-Staaten 338 Millionen Euro. Kritiker hingegen befürchten, dass das System eine Milliarde kosten wird (Quelle: ASBL Centre Avec und wikipedia).

Weil die legalen Wege und Routen gesperrt sind, die Überwachung und die Polizeipräsenz verstärkt werden, sehen sich die Migranten gezwungen, immer neu gefährlichere Wege einzuschlagen. Auch die Aktivitäten der Schlepperbanden finden so immer neuen Nährboden. Männer, Frauen und Kinder ertrinken im Mittelmeer oder ersticken in Lastwagen. Solange die legalen Wege, Asyl zu erlangen, verbaut sind, werden immer weiter Menschen ihr Leben aufs Spiel setzen, um nach Europa zu gelangen – egal wie hoch die Zäune sind.